



KOMMENTAR

Zeit für mehr Gerechtigkeit

Das Jahr 2017 ist schon wieder einige Wochen alt und wieder hat sich (leider) nichts geändert. Wie immer hören wir aus der Politik die üblichen warmen Worte. Wie immer kommt nichts davon in der Realität an. Nicht mein liebstes, aber mein bestes Beispiel sind die Tarifverhandlungen. Unsere Forderungen sind klar und unmissverständlich: 6 Prozent mehr Einkommen mit einer sozialen Komponente, Einführung der Stufe 6 in den EG 9–15, Stufengleicher Aufstieg, 90 Euro für Auszubildende und – nicht gerade unwichtig – die zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des Ergebnisses auf die Beamten und Beamtinnen sowie die Versorgungsempfänger.



GdP-Landesvorsitzender **Christian Schumacher**

So weit, so gut. Und auf der Arbeitgeberseite? Wohl gemerkt – auf der Seite der warmen Worte. Jedes Jahr das gleiche Trauerspiel, „the same procedure as every year“.

Und obwohl die Gewerkschaften lieber ein Ergebnis am Verhandlungstisch erzielt hätten, lagen ernsthafte und sinnvolle Angebote der Arbeitgeber bis zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe leider nicht vor. Im Gegenteil, es gab lediglich „Diäthinweise“: „Angesichts der Schuldenbremse sind 6 Prozent mehr Lohn weit überzogen und nicht akzeptabel.“

Für mich sind solche Worte angesichts voller Kassen bei Bund und Ländern eine Frechheit. Die passende Antwort waren Warnstreiks des öffentlichen Dienstes. Und so riefen die GEW, ver.di und die Gewerkschaft der Polizei gemeinsam zur Demonstration am 1. Februar vor der Staatskanzlei auf.

Und sie kamen, die Lehrerinnen und Lehrer, die Feuerwehrleute, die Beschäftigten aus Krankenhäuser, Straßenmeistereien, der Polizei und, und, und. Und es kamen Tarifbeschäftigte aller Entgeltgruppen, es kamen ebenso Abteilungsleiter wie Schreibkräfte, Verwaltungsbeamte wie Vollzugsbeamte ebenso wie Senioren und Auszu-

bildende – alle waren sie da. Gemeinsam und solidarisch haben sie gezeigt, der öffentliche Dienst steht zusammen und kämpft zusammen.

Mit 4000 Kolleginnen und Kollegen marschierten wir bis vor die Staatskanzlei und waren im wahrsten Sinne durchgefroren und klamm. Aber die sprichwörtlichen kalten Füße hat keiner bekommen, als es darum ging, laut und deutlich zu fordern: „Wir sind hier und wir stehen zu unseren Forderungen. 6 Prozent mehr – weil wir es verdient haben.“

Diese gemeinsame lautstarke und machtvolle Demonstration der Beschäftigten im öffentlichen Dienst beweist, wir sind eine starke Gemeinschaft, die sich ihrer Macht bewusst ist und ihrer Wut Ausdruck verleihen kann. Und wie mir berichtet wurde,

fehlte nicht viel und man hätte die Staatskanzlei gestürmt.

Deshalb wird so mancher, der heimlich hinter den Fenstern und Türen der Staatskanzlei und des Finanzministeriums die Demonstration beobachtet und den Worten der Redner gelauscht hat, gemerkt haben: Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit. Es ist Zeit für richtige Verhandlungen. Es muss endlich über faire Löhne geredet werden.

Euer Christian Schumacher

Tipp: Die Rede des Landesvorsitzenden Christian Schumacher: „JA (!) ES IST ZEIT FÜR GERECHTIGKEIT!“ mit der klaren Botschaft aus Schwerin an die Arbeitgeberseite nach Potsdam ist auf www.gdp.de/mv oder auf unserer Facebookseite zu sehen.



Tarifverhandlungen 2017 – Streikkundgebung in Schwerin



... und immer wieder das gleiche Spiel

Vorgesetzte, die vermutlich aus Unkenntnis der Rechtslage oder aus Überschätzung der eigenen Kompetenz und Zuständigkeit versuchen, sich in die Arbeitskampfmaßnahmen der Beschäftigten einzumischen, begehen selbst Rechtsbruch. Derartige rechtswidrige Handlungen sind mit ihrem Amtseid, der sie zur Einhaltung der Gesetze verpflichtet, nicht vereinbar.

Im Übrigen sollten diese Mitarbeiter der Dienststellenleitung nicht vergessen, dass die streikenden Kolleginnen und Kollegen auch für die Verbesserung

der Arbeits- und Vergütungsbedingungen der Beamten und Funktionsträger mitkämpfen. Weisungen der Dienstvorgesetzten müssen in einer solchen Situation nicht befolgt werden. Sollte es dennoch Versuche zur Disziplinierung der Beschäftigten geben, wird die Gewerkschaft die betroffenen Mitglieder mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln schützen.

Im Übrigen ist eine telefonische Nachfrage (31. 1. 2017) bei den anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienst, ob es ähnliche Verhaltensweisen bzw. Anweisungen vonseiten der Arbeitgeber an die Beschäftigten in unserem Land Mecklenburg-Vorpommern gibt, klar verneint worden.

Der Landesvorstand

Tarifrunde

Wissenswertes zum Arbeitskampfrecht: Ausstempeln / Abmeldung beim Vorgesetzten

Ob wir von der Dienststelle beurlaubt, die Arbeitnehmern müssen sich, wenn sie sich entschließen zu streiken, vorher „ausstempeln“ oder vorher bei ihrem Vorgesetzten „abmelden“?

Dieser Verpflichtung bestehen nach der geltenden Rechtsprechung nicht (§§ 83 x 28.7.2002 – 4 AZB 133/04)

Wer sich entschließt, am Streik oder Warnstreik teilzunehmen, muss sich weder „ausstempeln“ noch sich vorher beim Vorgesetzten „abmelden“!

Wer sich dennoch „ausstempelt“, befindet sich danach in seiner Freizeit und kann nicht streiken, d. h. es besteht auch kein Anspruch auf Streiklohn.

Wenn nach einem öffentlich gemachten Streik- oder Warnstreik der Gewerkschaft die Arbeitnehmern einen nicht am Arbeitsplatz erscheinen, kann der Arbeitgeber streik auslösen, dass die Arbeitnehmern einen am Streik teilnehmen. Das nennt man eine schuldige (bewusste) Erklärung der Streikunfähigkeit. Es ist Aufgabe der Anzeigenden, festzustellen, wer der Arbeit erschienen ist und wer nicht.

Wenn Arbeitnehmern einen einen Aufruf zum Streik/ Warnstreik folgen, sind für die die normalerweise geltenden Regelungen zu Verhaltens- und Arbeitsverpflichtungen gegenüber (insbesondere) auch die Reduzierung einer geschäftlichen Zusammenarbeit.

Es gibt auch keine Verpflichtung, sich in Streikzeiten des Arbeitgebers einzustellen, denn damit wird die individuelle Ausübung des Streikrechts verweigert.

Für Bereiche, in denen die Sicherstellung der für die Bevölkerung lebenswichtigen Versorgungsgänge, die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung

Dann kann es ja happen! Wir sehen uns am 01.02.2017 in Schwerin!

5%

Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Mecklenburg-Vorpommern
Platz der Jugend 6 · 18033 Schwerin
Telefon 0385 20 84 18 20
Telefax 0385 20 84 18 31
gdp_mv@gdp.de

Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Mecklenburg-Vorpommern

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss für die Ausgabe April 2017 DEUTSCHE POLIZEI, Landesjournal M-V, ist der 5. 3. 2017. Die Redaktion behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Leserzuschriften vor. Dieser Inhalt muss nicht in jedem Fall mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangte eingesandte Manuskripte wird keine Garantie übernommen. Anonyme Zuschriften werden nicht veröffentlicht.

„JA (!) ES IST ZEIT FÜR GERECHTIGKEIT!“

Die Gewerkschaften GEW MV, GdP und ver.di sowie dbb beamtenbund und tarifunion hatten heute (Anmerkung der Redaktion: 1. 2. 2017) zur zentralen Streikkundgebung nach Schwerin aufgerufen. Etwa 4000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus dem gesamten Land nahmen am heutigen Protestzug durch die Landeshauptstadt teil. Im Rahmen der Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) hatten die Arbeitgeber auch in der 2. Verhandlungsrunde am 30. und 31. Januar KEIN Angebot vorgelegt:

GdP-Landesvorsitzender Christian Schumacher in seiner Kundgebungsrede: „Ich kann dieses Geheule der Arbeitgeber nicht mehr hören. Von wegen: ‚Angesichts der Schuldenbremse sind 6 Prozent mehr Lohn weit überzogen und nicht akzeptabel.‘ Schuldenbremse, kein Geld da. Erzählt doch keinen Quatsch! Der öffentlichen Hand ging es selten so gut wie heute! Allein 2016 hatte das Finanzministerium in Mecklenburg-Vorpommern über 254 Millionen Euro Einnahmen, die es nicht ausgegeben hat.“

Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes fordern für die Tarif- und Besoldungsrunde 2017 der Länder Verbesserungen im Gesamtvolumen von 6 Prozent. Dies beinhaltet eine soziale Komponente in Form

eines Sockel- oder Mindestbetrages und die Einführung der Stufe 6 in den Entgeltgruppen 9 bis 15 sowie strukturelle Verbesserungen in der Eingruppierung bei einer Laufzeit von 12 Monaten.

ES IST ZEIT FÜR GERECHTIGKEIT!

Schumacher rief zum Abschluss seiner Rede mit Blick auf das Finanzministerium: „Schluss mit der Trickserie – Es ist Zeit für Gerechtigkeit! Es ist Zeit für richtige Verhandlungen! Lasst uns über faire Löhne reden – 6 Prozent mehr Lohn jetzt!“

Die nächste Verhandlungsrunde beginnt am 16. Februar 2017 in Potsdam.

Der Landesvorstand



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Mecklenburg-Vorpommern

Geschäftsstelle:
Platz der Jugend 6
19053 Schwerin
Telefon: (0385) 20 84 18-10
Telefax: (0385) 20 84 18-11
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion:
Verantwortlicher Redakteur
für das Landesjournal
Mecklenburg-Vorpommern
Marco Bialecki
Telefon: (03 85) 20 84 18-10

Post bitte an die
Landesgeschäftsstelle (s. oben)

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hildern
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 39
vom 1. Januar 2017

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2798



DER LANDESVORSTAND

GdP begrüßt Verstärkung der Bereitschaftspolizei

„Die Polizei in Mecklenburg-Vorpommern wurde über Jahre kaputt gespart. Inzwischen sieht man in einigen Landesteilen eher den Weihnachtsmann als einen Polizisten“, so der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Christian Schumacher. Vor diesem Hintergrund begrüßt die GdP, die gestrige Aussprache im Landtag zur inneren Sicherheit.

Da führt kein Weg vorbei

„Lange genug haben Mitglieder der Landesregierung versucht, sich vor diesem Thema zu drücken. Aber die Sicherheitslage in Mecklenburg-Vorpommern bewältigt man nicht durch wegducken in Vogel-Strauß-Manier. Innere Sicherheit ist zu gewährleisten und zu stärken – da führt kein Weg vorbei. Terroristische Anschläge dürfen allerdings nicht populistisch missbraucht werden“, so Schumacher weiter.

Während sowohl der Bund als auch die Bundesländer bereits konkrete Maßnahmen durchgeführt haben, um die Polizei insbesondere in der Fläche zu stärken, blieb es im Land Mecklenburg-Vorpommern lange bei vagen Absichtserklärungen.

Die Ankündigung des Mitglieds des Innenausschusses, Marc Reinhardt, eine Einsatzhundertschaft in Anklam zu stationieren, wird von der GdP ausdrücklich begrüßt. Auch wenn Innenminister Lorenz Caffier die Aussage relativierte und nur noch von ein oder zwei Einsatzzügen sprechen wollte, bleibt es eine längst überfällige Stärkung der Bereitschaftspolizei.

„Es ist ein wichtiges Signal für die Beschäftigten der Landespolizei, dass die Bereitschaftspolizei nicht auf Kosten der Polizeipräsidien verstärkt wird. Damit können meine Kolleginnen und Kollegen endlich bei den geschlossenen Einsätzen, z. B. bei Fußballspielen und Demonstrationen, deutlich entlastet werden“, so Schumacher abschließend.

Umfrage belegt: Bevölkerung fordert mehr Polizei

„Die Sorgen der Bevölkerung müssen von Erwin Sellering und seiner Regierungsmannschaft endlich ernst genommen werden. Es schmerzt, wenn 62 Prozent der Bürgerinnen und Bürger sagen, dass die Polizei nicht ausreichend vorbereitet und ausgestattet ist, um die Sicherheit zu gewährleisten“, so der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Christian Schumacher, mit Blick auf eine aktuelle Forsa-Umfrage. Seit Jahren fordert die GdP eine deutliche personelle und materielle Aufstockung bei der Landespolizei. Passiert ist leider nur wenig.

„Die Polizeibeschäftigten fehlen an allen Ecken und Kanten. War früher der Schutzmann auf Fußstreife alltäglich, bedarf es heute oft großer Anstrengungen und Konzepte, damit Polizisten in der Fußgängerzone zu sehen sind. Die im Koalitionsvertrag beschlossenen zusätzlichen 150 Polizisten sind daher nicht einmal der sprichwörtliche Tropfen auf dem heißen Stein“, so der GdP-Landesvorsitzende weiter.

Gerade die Bereitschaftspolizei ist in den Tagen von Terrorismus und Islamismus in Bund und Ländern stark gefordert. Schaut man aber auf deren Fuhrpark, muss man feststellen, dass so

KREISGRUPPE LPBK/LBPA M-V

Doppeltes Gewerkschaftsjubiläum in der Zentralwerkstatt des LPBK M-V



Unsere Kreisgruppe der Gewerkschaft der Polizei konnte am 11. Januar 2017 zwei Kollegen aus der Zentralwerkstatt WuG im LPBK M-V aus Anlass ihrer 25-jährigen Gewerkschaftszugehörigkeit besonders ehren. Dirk Kruse und Rainer Härtel

kann man durchaus als Urgesteine in ihrer speziellen Tätigkeit bezeichnen. So ließen es sich der Kreisgruppenvorsitzende Hartmut Krämer und das Vorstandsmitglied Jörn Liebig nicht nehmen, den Jubilaren persönlich für ihre langjährige Treue zur Gewerkschaft der Polizei zu danken. Neben der Ehrenurkunde überreichten sie die Ehrennadel und einen Präsentkorb. Während einer anschließenden kleinen Kaffeerunde wurden auch das eine und andere Problem der Zentralwerkstatt angesprochen. Unsere Kreisgruppe wünscht beiden Jubilaren weiterhin gute Gesundheit, viel Erfolg im Beruflichen und im Privaten sowie Glück.

Der Kreisgruppenvorstand



manche Fahrzeuge älter sind als deren Kraftfahrer. Der Bund muss hier das Land Mecklenburg-Vorpommern endlich finanziell mehr unterstützen.

„Sicherheit für die Bevölkerung scheint für den Ministerpräsidenten und seine Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern kein wichtiges Thema zu sein. Andere Bundesländer und auch die Bundes-SPD gehen da viel entschlossener zu Werke“, so Schumacher abschließend.



KREISGRUPPE ANKLAM

Mitgliederversammlung in Zeichen von Vorstandswahlen

Am 24. Januar 2017 führte die Kreisgruppe Anklam der Gewerkschaft der Polizei (GdP) ihre Vorstandswahlen durch. Dazu konnte der Kreisgruppenvorsitzende Marco Bialecki wieder einen Großteil der Kreisgruppe begrüßen. Bei den Neuwahlen wurde Marco Bialecki nach fünf Jahren Amtszeit wiedergewählt. Als zweite Vorsitzende wird ihm Jana Halka weiterhin zur Seite stehen. Auch der geschäftsführende Vorstand wurde neu aufgestellt und erhielt hierfür auch einstimmig das Votum. In seinem gewerkschaftlichen Rückblick gab Bialecki an, dass viele Kolleginnen und Kollegen gefrustet seien. „Es besteht nach wie vor eine sehr hohe Belastung für die Kollegen/-innen, weil fast an jeder Dienststelle Mitarbeiter/-innen fehlen, nicht zuletzt auch wegen der weiter steigenden Krankenrate. In der Polizei Vorpommern-Greifswald fehlen – nach Einschätzung der GdP – täglich rund 70 Mitarbeiter/-innen. Dies sei ein deutliches Zeichen, dass „die Schraube überdreht ist“, so Bialecki.

Außerdem dürfe auch die Problematik Gewalt gegen Polizeibeamte, insbesondere hier im ländlichen Raum, nicht aus den Augen verloren werden. Statistisch gesehen wird im Landkreis Vorpommern-Greifswald an jedem vierten Tag ein Polizist Opfer von Gewalt. Bialecki: „Zu den normalen dienstlichen Belastungen kommt die immer mehr um sich greifende Respektlosigkeit. Im Jahr 2015

habe es in Vorpommern-Greifswald 79* tätliche und verbale Angriffe auf Polizeibeamte gegeben. Für ein ‚Pilotprojekt Bodycam‘, wie im Koalitionsvertrag festgeschrieben, haben wir also auch die ‚idealen‘ Voraussetzungen.“

Die Mitglieder der GdP-Kreisgruppe Anklam erwarten von der Politik ein deutlich schnelleres Handeln. Seit etlichen Jahren wird bspw.



Danke – von Marco Bialecki (links) an Siegmund Bauch (rechts) – für ein halbes Jahrhundert Mitgliedschaft in der Gewerkschaft

über eine Einsatzeinheit der Bereitschaftspolizei geredet. NUN endlich, vier Jahre später und eventuell doch erst in ein, zwei Jahren hier ankommend, wird die dringende BePo-Unterstützung einsatzfähig sein. Bis dahin werden nochmal rund 60 Kollegen/-innen in den Ruhestand gegangen sein.

„Die politische Seite kann gut reden. Umso schlechter ist jedoch die Umsetzung ihrer Reden. Das ist das, was nur sehr schleppend vorangeht und die Kollegen/-innen so enttäuscht“, sagte Bialecki abschließend.

Der Kreisgruppenvorstand



Bildschirmfoto: Nordkurier

Eine Abwärtsspirale

- Mit dem weniger werdenden Personal müssen wir zunehmend mehr Aufgaben bewältigen.
- Die Landespolizei ist überaltert: „Ersatzpersonal“ für Altersabgänge fehlt, Krankentage nehmen zu.
- Die Zahl der Polizisten mit krankheitsbedingten Verwendungseinschränkungen nimmt zu.

Und das sind nur einige der Gründe, weshalb es an Polizeipräsenz in der Fläche mangelt.

KREISGRUPPE ANKLAM UND UECKER-RANDOW

Wir sind einfach zu wenige!

Was die Polizisten in ihrer täglichen Arbeit erleben, ist, dass das Sicherheitsgefühl, speziell im ländlichen Bereich des grenznahen Raumes, bei den Anwohnern deutlich gelitten hat. Das Vertrauen in die Politik und die Polizei ist stark gesunken. Und wir können es den Bürgerinnen und Bürgern nicht verübeln. Als Gewerkschaft der Polizei sind uns die Ursachen dieses Problems bestens vertraut – seit Jahren kämpfen wir gegen den Personal-mangel an.

Das subjektive Sicherheitsempfinden der Bürger sinkt, wobei Straftaten durch Geschädigte teils gar nicht mehr zur Anzeige gebracht werden. Die Opfer haben das Gefühl, dass die Anzeige ohnehin „nichts bringt“. Eine Abwärtsspirale, denn für Täter könnte dies die Hemmschwelle weiter sinken lassen. Effektive Präventionsarbeit, auch durch Polizeipräsenz, wird immer seltener möglich.

Gerade auf dem Land macht sich dies bemerkbar, denn wo Polizeistandorte weggerechnet werden oder gar ganz wegfallen, werden selbst-

verständlich auch die Anfahrtswege in einem Einsatz länger.

Als Polizistin und Polizist hat man diesen Beruf gewählt, um die Bürgerinnen und Bürger vor Kriminalität zu schützen. Die gegenwärtige Situation widerspricht diesem Berufsethos zutiefst. Um sich bürgerfreundlich zu nennen, muss eine Polizei für den Bürger sichtbar vor Ort präsent sein.

Die GdP wird daher nicht lockerlassen, ein Umdenken bei den Verantwortlichen in der Politik einzufordern.

Die Kreisgruppenvorstände



Am Rande des Abgrundes oder sind wir schon ein Schritt weiter?

Wer kennt nicht diesen Ausspruch? Aber die Aktualität gewinnt heute immer mehr an Bedeutung. Nun mag es auch schon langweilig erscheinen, dass sich immer wieder nur ein bestimmter Personenkreis um die Belange, Probleme und Missstände in der Polizei kümmert und diese publiziert. Allerdings bekomme ich auch sehr viel Zuspruch und viele Kollegen meinen, du hast ja nichts mehr zu verlieren, daher ist es ja für dich auch so leicht, eine kritische Meinung anzubringen und zu äußern. Die logische Konsequenz wäre, dann müsste die Gewerkschaftszeitung voll von diesen Meinungsbildern sein, beim derzeitigen Zahlen „Ruhestandversetzungen“.

Aber kommen wir zum eingangs gewählten Titel zurück. Was tönen die Politiker, mehr Polizei, der Fall Amry, dies wird sich nicht wiederholen, mehr Videoüberwachung, bessere Ausstattung für die Polizeien usw. Als wir vor unserer Wahl zum Landtag in M-V die Wahlprüfsteine der einzelnen Parteien in einer Podiumsdiskussion auf dem Prüfstand hatten. Nun wurde diesen Politikern Wahlkampfgetöse vorgeworfen. Nein, wurde beteuert, diese zusätzlichen 555 Polizistenstellen kommen. Dies scheint umso mehr lächerlich, wenn in einem Zeitraum von sechs Jahren evtl. 600 neue Polizisten ausgebildet werden können, weil die Fachhochschule schon jetzt an ihre Grenzen gestoßen ist, dann stehen evtl. auch in diesen sechs Jahren ca. 600 Entlassungen in den Ruhestand an. Was ist dies für ein Gewinn? Hier werden schon lange nicht mehr die Karten offen auf den Tisch gelegt, der Wähler ist nämlich vergesslich und das Wort „Versprechen“ hat seine ursprüngliche Bedeutung wieder zurück. Denn die Politiker haben sich einfach nur versprochen.

Wir hören in unserer Dienststelle immer nur: Personal abbauen. So verkehrt ist die Welt. In die Welt des Wählers wird mehr Polizei posaunt und als Polizist in der Realität angekommen, bekommst du dann ein Kulturschock. Die Mitarbeiter sind stark frustriert, keiner nimmt die Belange ernst. Die Hauptsache ist, nach außen, für die Presse-Öffentlichkeit ist die Welt in Ordnung. Gute Fassade, was anderes zählt nicht mehr und im Inneren ist eine Kernsanierung nötig. Kollegen, lasst euch nicht für dumm verkaufen, lasst euch nicht einschüchtern, hab Mut und steht auf und sagt eure Meinung.

Anlässlich der Weihnachtsfeiertage war ein Bundestagsabgeordneter in einer Dienstgruppe des PHR Schwerin. Selbstverständlich kamen hier auch einige Probleme zum Vorschein

und wurden diskutiert. Da der Bundestagsabgeordnete bei der Problemauflistung nicht so schnell mitschreiben konnte, bat er darum, ihm dies aufzuschreiben und zuzusenden. Es gab einen Kollegen, der Mut hatte und dies notierte und auch so aufschrieb. Dann wollte er dies absenden und hat den Dienstweg genutzt. Was meint ihr, wie plötzlich der Gesprächsbedarf mit seinen Vorgesetzten zunahm. Stunden hat man auf diesen Kollegen eingerechnet und gemeint, dies sei nicht der richtige Weg. Schön zu wissen, dass man Vorgesetzte an seiner Seite hat, die immer alles besser wissen und sofort eine Lösung parat haben.

Ich würde mir wünschen, dass dies Engagement dieser Vorgesetzten doch in der täglichen Arbeit einsetzt. Personal, das bereits über Jahre abgeordnet und abgezogen wurde, fehlt ganz dringend im täglichen Dienst auf der Straße und in der Sachbearbeitung. Mittlerweile nimmt diese Zahl schon

Dimensionen an, die gesundheitlich nicht zu vertreten ist. Der Leser möge bedenken, diese Arbeit dieser entsandten Kollegen wird durch andere Kollegen schon über Jahre noch zusätzlich miterledigt. Dies wären Themen für den Merkzettel des Vorgesetzten und nicht die Unterdrückung der Meinung eines aufrichtigen Kollegen. Jedoch, es ist immer einfacher, den Druck nach unten zu geben und zu sagen: Ihr müsst mehr Dienst zusätzlich erledigen, mehr Personal kommt nicht, andere Dienststellen haben auch Probleme, macht weniger Raucherpausen und trinkt weniger Kaffee, dann schafft ihr auch mehr. Dies ist ja auch schön einfach nach unten zu drücken, nach oben muss man ja auch ein Rückgrat haben.

Wir können feststellen, die Stimmung der Mitarbeiter ist explosiv. Wann es zur Explosion kommt, dies ist nur eine Frage der Zeit.

Klaus-Dieter Bruns



Unterstützung zugesagt

Am 11. und 12. Januar 2017 fand in der Geschäftsstelle der Gewerkschaft der Polizei in Schwerin unsere Seniorensitzung statt. Der Landesvorsitzende der GdP, Christian Schumacher, gab einen kurzen Bericht zur Situation in der GdP M-V. Er bedankte sich für die gute Seniorenarbeit und sagte uns weitere Unterstützung zu.

Gemeinsam wurde ein Anschreiben – Eintritt in den Ruhestand – erarbeitet, welches den Kreisgruppen ausgehändigt wurde. Dieses Schreiben soll dazu beitragen, den angehenden Ruheständlern zu erläutern der weitere Verbleib in seiner GdP lohnt sich.

APS-Programm

Um das APS-Programm noch besser zu gestalten (APS-Broschüre und andere Materialien), wurde ein Ordner vorgestellt, der die In-



formationsfülle einfacher gestalten lässt.

Ein weiterer Punkt war das Thema: Verpflegungsgeld. Es gibt ein Urteil

vom Bundessozialgericht vom 23. Juli 2015. Dies könnte eine Lösung für den Rechtsstreit darstellen. Wir werden uns der Sache annehmen und Euch informieren.

Termin

Im Monat März werden wir darüber beraten, wann, wo und in welcher Form wir die Veranstaltung - Vorbereitung für den Ruhestand - durch die GdP gestalten können.

Bernd Voß,
Landesseniorenvorsitzender

DER LANDESVORSTAND

Die unendliche Geschichte mit der rentenrechtlichen Anrechnung des Verpflegungsgeldes

Unseren Rentnern und Pensionären aus der GdP ist das Problem nur allzu gut bekannt und beschäftigt uns schon über Jahre. Wer schon zu DDR-Zeiten Angehöriger der Polizei war, hatte teils über mehrere Jahre das sogenannte Verpflegungsgeld erhalten. Die Rentenstelle der Landespolizei im LPBK hat bisher in allen Fällen dieses Verpflegungsgeld nicht als rentenrechtlich anzurechnenden Teil des Einkommens bewertet.

Das führt dann hinsichtlich der Höhe der Rente zu nicht unerheblichen Einbußen bei unseren Kollegen. Viele der Betroffenen haben das so nicht akzeptiert und sich im Widerspruchs- und Klageverfahren gegen die Nichtberücksichtigung des Verpflegungsgeldes bei der Rente gewehrt. Zuständig sind die Sozialgerichte des Landes. Die Rechtsprechung der Sozialgerichte des Landes ist mittlerweile nicht mehr einheitlich. Nachdem Anträge und Klagen vor den Sozialgerichten M-V zunächst durchgängig erfolglos waren, hat nunmehr das Sozialgericht Neubrandenburg in unserem Interesse entschieden. Wie mehrere andere Fälle liegt der Fall des Sozialgerichtes Neubrandenburg nunmehr beim Berufungsgericht, dem Landessozialgericht M-V.



Es bleibt zu hoffen, dass eine Entscheidung noch 2017 folgt und dass das Verpflegungsgeld als Arbeitsentgelt mit der Folge anerkannt wird, dass sich die Rentenansprüche unserer Kolleginnen und Kollegen erhöhen. Ein Blick über die Landesgrenze in die anderen neuen Bundesländer zeigt auch dort eine un-

einheitliche Rechtsprechung. Berlin-Brandenburg erkennt es bisher als einziges Bundesland an. Aus Sachsen-Anhalt gibt es aktuell eine neue Entscheidung des Landessozialgerichtes zugunsten unserer Kollegen. Um auch in unserem Bundesland Bewegung in die Verfahren zu bekommen, werden wir uns als Gewerkschaft der Polizei kurzfristig sowohl bei der Sozialministerin als auch bei der Justizministerin um Gesprächstermine bemühen, über die wir dann berichten werden.

Bei Rückfragen steht Euch die Kollegin Renate Randel aus der Seniorengruppe (0 15 25/6 14 07 98) oder der Verantwortliche für Rechtsschutz, der Kollege Jörn Liebig (01 76/80 33 71 74), zur Verfügung.

Der Landesvorstand



DER LANDESVORSTAND

Videüberwachung auf dem Marienplatz in Schwerin längst überfällig

Die Einführung einer lückenlosen Videüberwachung auf dem Schweriner Marienplatz ist nach Ansicht der Gewerkschaft der Polizei (GdP) längst überfällig. „Für eine permanente Präsenz hat die Polizei gar nicht mehr ausreichend Personal“, so der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Christian Schumacher, mit Blick auf die aktuelle Diskussion. Schumacher weiter: „Natürlich brauchen wir mehr Personal. Wenn man seit dem Jahr 2000 und auf Geheiß einer rot-roten Landesregierung 1000 Polizeibeschäftigte „eingespart“ hat, bleibt das nicht folgenlos. Früher war der Schutzmann auf Fußstreife alltäglich. Heute benötigt man große Anstrengungen und Konzepte, damit Polizisten in der Fußgängerzone überhaupt zu sehen sind. Da macht Schwerin keine Ausnahme.“

Andere Regionen müssen auf Polizei verzichten

„Die Kolleginnen und Kollegen aus der Bereitschaftspolizei und der Polizeiinspektion Schwerin leisten hervorragende Arbeit. Aber sie sind an die Grenzen der Belastbarkeit gekommen.

Wichtige Arbeiten bleiben liegen. Andere Regionen müssen auf Polizei verzichten, damit sie auf dem Marienplatz präsent sind. Daher kann eine Videüberwachung hier eine Verbesserung der Sicherheitssituation und gleichzeitig eine wirksame Entlastung der Polizei bringen.

Wenn die Jusos in Schwerin eine stärkere Polizeipräsenz fordern, dann müssen Sie aber auch den Schneid haben, es den SPD-Abgeordneten im Landtag zu verdeutlichen. Denn dort liegt die Verantwortung für das Per-



sonal der Polizei und für die innere Sicherheit. Ich empfehle den Jusos dringend, den SPD-Landesvorsitzenden Erwin Sellering dahingehend zu

beraten, dass die SPD endlich ihre Blockadehaltung gegenüber der Polizei aufgibt“, so Schumacher abschließend.

KREISGRUPPE LPBK/ LBPA M-V

Gute Laune bei der Seniorenweihnachtsfeier

Unsere Kreisgruppe der Gewerkschaft der Polizei im LBPA/LPBK hatte zur Seniorenweihnachtsfeier eingeladen und 40 Pensionäre, Rentner und ihre Partner trafen sich am 30. November 2016 im Keglerheim „Einheit“ in der Schlossgartenallee.

Nach einer kurzen Begrüßung durch den Verantwortlichen unserer Seniorengruppe, Detlev Haupt, war die Kaffeetafel bereits vorbereitet und eröffnet. Viele fleißige Helfer hatten bei der Vorbereitung unterstützt und bei selbst gebackenem Kuchen und Kaffee kamen sehr schnell die ersten Gespräche über „die gute alte Zeit“ in Gang.

Anschließend überraschte uns der Alleinunterhalter Peter Wendt mit seinem vorweihnachtlichen plattdeutschen Programm und strapazierte damit die Lachmuskeln. Auch die sportliche Betätigung kam nicht zu kurz, bei Detlevs „beruflicher Vorbelastung“ ja auch nicht anders zu erwarten. Alle, die Spaß daran hatten, konnten die vier Bahnen des

Keglerheims nutzen. Dort, wo sonst Bundesligawettkämpfe stattfinden, konnte sich jeder einmal selbst ausprobieren. Der Spaßfaktor stand auch hier an erster Stelle. Eine rundum gelungene Veranstaltung klang in den frühen Abendstunden aus.

Der Kreisgruppenvorstand



INFORMATION



SOCIAL MEDIA

GdP M-V
auf Facebook



Klickt Euch „rein“, werdet Freunde. Und nicht vergessen, wenn's Euch gefällt: Klickt auf den „gefällt mir“-Button.
www.facebook.com/gdp.mv

HINWEIS

Änderungsmitteilung

Solltet Ihr umgezogen sein – oder Eure Bankverbindung hat sich geändert bzw. Ihr habt eine neue Amtsbezeichnung erhalten, so meldet dies bitte der GdP-Landesgeschäftsstelle.

Gewerkschaft der Polizei (GdP)
Landesbezirk M-V
Platz der Jugend 6, 19053 Schwerin

oder:

– per Fax an: 03 85/20 84 18-11
– per E-Mail: GdPMV@gdp.de

Eure GdP-Landesstelle

www.polizeifeste.de
Alle Polizeifeste der GdP auf einen Blick

22. Bürger- und Polizei-Frühlingsfest

22. APRIL 2017

„Rabenstein“

Residence Park 1-7,
19065 Raben Steinfeld
bei Schwerin

19.30 Uhr - Einlass 18 Uhr
Eintritt:
Mitglieder GdP 45 €
Nichtmitglieder 50 €
inkl. Buffet und ausgewählte Getränke

Karten- und Info-Hotline:
LBPA/LPBK 0385/20702112
LKA M-V 03866/648900
PJ Schwerin 0385/51803070
oder 0162/4256498
oder mailk.exner-lannek@gdp-sn-mv.de

Es besteht ein Zimmerkontingent zum Vorzugspreis bis zum 28. Februar 2017 im Hotel Rabenstein

Veranstalter:
Gewerkschaft der Polizei
Kreisgruppe Schwerin, LKA M-V,
LBPA/LPBK M-V

Liveband
BACK TO MUSIC

SHOWEINLAGE

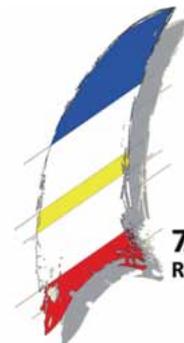
MITTERNACHTS-
ÜBERRASCHUNG

Bestellhotline
0172 3923009

7. ORDENTLICHER LANDESDELEGIERTENTAG

Leben in Sicherheit

Unter dem Motto „Leben in Sicherheit“ wird der 7. Ordentliche Landesdelegiertentag der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Mecklenburg-Vorpommern vom 26. bis 27. April 2017 in Rostock die Weichen für die nächsten vier Jahre Gewerkschaftsarbeit stellen.



**Leben
in Sicherheit**
7. Landesdelegiertentag
Rostock 26. - 27. April 2017

Landesredaktion

